



Türkei:

Türkei verbietet russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch das Schwarze Meer

Das NATO-Mitglied Türkei änderte seine Rhetorik, um den Angriff Russlands auf die Ukraine am Sonntag als „Krieg“ zu bezeichnen, und versprach, Teile eines internationalen Pakts umzusetzen, der möglicherweise den Transit russischer Kriegsschiffe vom Mittelmeer ins Schwarze Meer einschränken würde.



Kiew hatte an Ankara appelliert, weitere russische Schiffe daran zu hindern, in das

Schwarze Meer einzulaufen, von wo aus Moskau einen Angriff auf die Südküste der Ukraine startete. Mindestens sechs russische Kriegsschiffe und ein U-Boot durchquerten diesen Monat die Meerenge der Türkei.

„Es sind jetzt nicht ein paar Luftangriffe, die Situation in der Ukraine ist offiziell ein Krieg ... Wir werden die Montreux-Konvention umsetzen“, sagte Mevlüt Cavusoglu, der türkische Außenminister, in einem Interview.

Die rhetorische Änderung erlaubt der Türkei, die Artikel der Montreux-Konvention von 1936 zu erlassen, die es ihr erlaubt, den Schiffstransit ihrer Dardanellen und der Bosphorus-Meerenge während des Krieges oder bei Bedrohung zu beschränken.

Cavusoglu wiederholte jedoch, dass die Türkei aufgrund einer Klausel im Pakt, die diejenigen ausschließt, die zu ihrer registrierten Basis zurückkehren, nicht alle

russischen Kriegsschiffe am Zugang zum Schwarzen Meer hindern kann.

„Diese Ausnahmeregelung sollte nicht missbraucht werden. Schiffe, die erklären, zu ihren Stützpunkten zurückzukehren und die Meerenge zu passieren, sollten nicht in den Krieg verwickelt werden“, sagte Cavusoglu.

Pressefreiheit in der Türkei - Journalist erschossen

Im Nordwesten der Türkei ist ein Journalist erschossen worden. Güngör Arslan, Chefredakteur der Lokalzeitung „Ses Kocaeli“, wurde vor dem Redaktionsgebäude seines Blattes in Kocaeli von Kugeln getroffen, wie örtliche Medien berichteten. Er starb kurz danach im Krankenhaus. Die Polizei nahm nach eigenen Angaben einen Tatverdächtigen fest.

Nach Angaben von Erol Önderoglu, Vertreter der Organisation Reporter ohne Grenzen in der Türkei, hatte Arslan zu Korruption in Kocaeli recherchiert. In den zwei jüngsten Ausgaben von „Ses Kocaeli“ hatte Arslan Vorwürfe gegen den Bürgermeister erhoben, der der konservativen AKP-Partei von Staatschef Recep Tayyip Erdogan angehört. Demnach soll das Stadtoberhaupt Gruppierungen, welche der AKP nahestehen, öffentliche Aufträge zugeschanzt haben.

Arslan war bereits in der Vergangenheit physisch attackiert worden. Viele Menschen hätten ihn wegen seiner Recherchen zur Korruption als „mutig“ betrachtet, sagte Önderoglu. Im Index von Reporter ohne Grenzen zum weltweiten Stand der Pressefreiheit rangiert die Türkei auf Platz 153 von 180.

Alarmierender fremdenfeindlicher Trend in der Türkei

Angesichts Berichte über Attentate auf syrische Flüchtlinge in der Türkei sind der Trend zur Gewalt und die Sicherheit von Ausländern zu einem Anlass zur Sorge in dem Land geworden, in dem Flüchtlinge einst mit offenen Armen empfangen wurden.



Die wirtschaftlichen Probleme des Landes mit hohen

Arbeitslosenquoten und sinkender Kaufkraft aufgrund der Inflation haben viele dazu veranlasst, Ausländern die Schuld zu geben.

Der häufige Gebrauch von Anti-Flüchtlings-Rhetorik durch Politiker hat die Flammen des Rassismus angefacht. Ein türkisches Gericht hat kürzlich umstrittene Pläne des Bürgermeisters der nordwestlichen Stadt Bolu, Tanju Ozcan, verworfen, die Wasserrechnungen für Ausländer um das Zehnfache zu erhöhen und 100.000 Lira (7.435 US-Dollar) für standesamtliche Trauungen von Ausländern in der Türkei zu verlangen.

Die einwanderungsfeindliche Stimmung hat sich verhärtet, was durch einen Zustrom von Afghanen nach der Übernahme ihres Landes durch die Taliban im August 2021 noch verschärft wurde.

So wurde Nail Al-Naif, ein 19-jähriger syrischer Flüchtling, in Istanbul von einer Gruppe von Männern getötet, als er in seinem Zimmer schlief. Acht Personen wurden festgenommen.

Ein anderer junger Syrer wurde in einem Park in der südöstlichen Stadt Diyarbakir erstochen, nur ein paar Tage nachdem ein Mob ein von Syrern frequentiertes

Einkaufszentrum in Istanbul angegriffen hatte, angeblich nachdem ein syrischer Flüchtling sich geweigert hatte, einem türkischen Mann eine Zigarette zu geben.

Im November wurden drei junge syrische Arbeiter in der westlichen Stadt Izmir verbrannt, nachdem in ihrer Wohnung ein Feuer ausgebrochen war, während sie schliefen.

Die Polizei nahm einen türkischen Mann fest, der zugab, das Feuer aus Fremdenfeindlichkeit motiviert verursacht zu haben.

Deutschland:

Schulterschluss bei Abschiebungen

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat während eines Besuchs in Österreich die Gemeinsamkeiten mit der konservativ geführten Regierung in Wien betont und sich für eine konsequente Rückführung von Migranten ohne Bleiberecht ausgesprochen.



Faeser nahm in Wien an der Eröffnung einer Konferenz teil, die eine erleichterte Abschiebung von Migranten zum Ziel hat, die in Balkanstaaten ohne Aussicht auf Asyl gestrandet sind. Vertreter von rund 20 Staaten und der Europäischen Kommission nahmen laut österreichischem Innenminister daran teil. Der Fokus lag auf Bosnien-Herzegovina, wo mehrere Tausend Migranten vermutet werden. Innenminister Österreichs Karner sagte, es gehe darum, „jenen, die keine Chance auf Asyl haben, möglichst bald die Rückführung zu ermöglichen“. Die betroffenen Balkanländer wolle man dabei

unterstützen, „auch im Know-how und darin, Charterflüge zu organisieren“.

Mit Unterstützung der EU soll es unter anderem erleichtert werden, Rückführungsdokumente auszustellen. Auf der Konferenz soll der Bedarf der Westbalkanländer erfasst und sollen regionale Rückkehrmechanismen aufgebaut sowie Aktivitäten gebündelt werden. Es gehe nicht darum, eine zusätzliche bürokratische Ebene einzuziehen, versicherte Karner, sondern, im Gegenteil, um pragmatische und konkrete Hilfe. Ein anderer Schwerpunkt ist der Kampf gegen Schlepperbanden und die Verbesserung des EU-Außengrenzschutzes.

In Wien hat die Regierungspartei ÖVP nach dem Rücktritt von Sebastian Kurz erklärt, auch unter Bundeskanzler Karl Nehammer an einer restriktiven Migrationslinie festzuhalten. So verteidigte Innenminister Karner die Errichtung von Grenzzäunen. Er beharrte auch darauf, dass Österreich „derzeit“ keine weiteren Flüchtlinge, insbesondere aus Afghanistan, aufnehmen wolle, weil das Land hier bereits weit überproportional belastet sei. Andererseits schloss er nicht aus, dass sich Österreich an einem künftigen, gegebenenfalls regionalen Verteilungsmechanismus beteiligen könnte.

Nancy Faeser wiederum betonte die Gemeinsamkeiten, „auch in der Migrationspolitik“. Es gelte, menschenrechtliche Verpflichtungen einzuhalten, „irreguläre Migration zu reduzieren und reguläre, wo möglich, zu ermöglichen“. Dabei sei ein gemeinsames europäisches Vorgehen notwendig. „Deutschland und Österreich treten für effektiven Grenzschutz ein und konsequente Rückführung von Migranten, die kein Bleiberecht haben, insbesondere Gefährder“, sagte Faeser. Etwaige Differenzen, etwa bei der Beurteilung von Abschiebungen Minderjähriger, wollte Faeser unter Verweis auf die Höflichkeit nicht kommentieren.

Österreich:

Islamische Milli-Görüs-Gemeinschaft öffnet sich für Kritik

Bei einer Podiumsdiskussion in Wien stellten sich die Islamische Föderation (IF) und die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) letzten Samstag erstmals Kritikern, die ihr den Antisemitismus und Islamismus ihres vor elf Jahren verstorbenen türkischen Vordenkers Erbakan vorhalten.

Anlass der Veranstaltung war ein Bericht, welcher der IF bzw. IGMG eine Nähe zur von Erbakan gegründeten Milli-Görüs-Bewegung und deren islamistischer



Saadet-Partei attestiert. IF-Vorsitzender Tasdögen wertete das als Beispiel für die von der Bundesregierung angeblich betriebene

„Ausgrenzung“ und stellt jede Verbindung zu den türkischen Organisationen in Abrede.

So solidarisierten sich etwa IF-Vertreter mit einem 2019 wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation verurteilten Österreicher, der bei Wahlen der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) für die IF kandidiert hatte.

Inzwischen präsentiert sich Milli Görüs aber als Organisation im Wandel, wobei umstritten ist, ob dies ein ehrlicher oder bloß taktischer ist. „Wir versuchen den Spagat, das Gute von Erbakan zu übernehmen und das, was wir heute als problematisch betrachten, viel stärker zu diskutieren“, so ein Sprecher.

MENA Research Center wird in einem separaten Bericht noch über die Veranstaltung berichten. Ebenso wird ein

themenbezogener Podcast dazu
vorbereitet.

Europäische Union:

EU will unbegrenzt Ukraine- Flüchtlinge aufnehmen

Alle Kriegs-Flüchtlinge aus der Ukraine werden aufgenommen, verspricht die EU. Auch Menschen aus Afrika und dem Mittleren Osten, die in der Ukraine leben und dort gemeldet sind, werden einreisen können, stellt die EU klar.



"Es ist zum ersten Mal wieder Krieg in Europa und das führt auch bei den Mitgliedsstaaten zu einem anderen Denken", sagte die deutsche Innenministerin Nancy Faeser beim Treffen mit ihren Kollegen in Brüssel. Sie sehe einen "totalen Paradigmenwechsel". Alle Flüchtlinge aus der Ukraine seien willkommen, versprach EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. "Jeder wird mit offenen Armen empfangen, der vor Putins Bomben fliehen muss."

Die EU-Kommissarin für Inneres und Migration, Ylva Johansson, stellte in Brüssel klar, dass die Grenze auch für Menschen aus Drittstaaten offen sei, die in der Ukraine lebten und in ihre Heimatländer weiterreisen wollten. "Denen muss geholfen werden. Außerdem können Schutzbedürftige in der EU auch Asylanträge stellen."